

### Schluß der Landtagsession am 20. Mai 1873.

Rede des Präsidenten des Staats-Ministeriums,  
Feldmarschalls Grafen von Moos.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden  
Häusern des Landtages!

Mit dem von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige be-  
fohlenen Schluß des Landtages der Monarchie erreicht die  
gegenwärtige Session ihr Ende.

Wir können auf dieselbe mit großer Genugthuung blicken.

Reich an mühsamer Arbeit, aber auch an werthvollen  
Resultaten auf fast allen Gebieten der Gesetzgebung nimmt sie  
einen hervorragenden Platz in der Reihe der Sessionen des  
Preussischen Landtages ein.

Die Reform der inneren Verwaltung, seit Jahren er-  
strebt, aber durch tiefgehende Meinungskämpfe aufgehalten, ist  
in ihrem ersten und grundlegenden Theile zum Abschlusse ge-  
langt. Schon jetzt scheint sich die Erwartung zu erfüllen, daß  
bei der Ausführung derselben die zuvor streitenden Kräfte  
gemeinsam und patriotisch Hand anlegen werden, um das  
Werk segensbringend für das Land zu gestalten.

Nicht minder lebhaft Kämpfe haben die Berathung der  
wichtigen Gesetze begleitet, durch welche die Beziehungen des  
Staats zu den großen Kirchengemeinschaften klarer und fester  
als bisher geregelt worden sind; die Regierung Sr. Majestät  
beharrt in dem festen Vertrauen, daß diese Gesetze den wahren  
Frieden unter den Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse  
fördern und die Kirche dahin führen werden, dem lauterem  
Dienste des göttlichen Wortes allein ihre Kräfte zu weihen.

Dank der glücklichen Finanzlage des Staats und der Be-  
reitwilligkeit der Häuser des Landtages ist durch den Staats-  
haushalts-Stat den Bedürfnissen der Bevölkerung und der  
Verwaltung nach allen Seiten hin reichere Befriedigung als  
seither gewährt worden. Die Gesetze über die Umgestaltung  
der Klassensteuer, die anderweite Regelung der Erbschaftssteuer  
und die Aufhebung oder Ermäßigung gewisser Stempelabgaben  
worden, neben einer beträchtlichen Erleichterung, namentlich der  
weniger bemittelten Bevölkerungsschichten, eine gerechtere Ver-  
theilung der Steuerlast sichern.

Durch die erhebliche Verbesserung der Lage der Staats-  
beamten gewinnt die erspriessliche Entwicklung des Staats-  
wesens eine erneute Bürgschaft.

Die von Ihnen der Staatsregierung ertheilte Ermächtigung  
zur Ausführung einer umfassenden Erweiterung des Eisenbahn-  
netzes wird dem in erfreulichem Aufschwunge begriffenen Ver-  
kehrsleben und der Verteidigungsfähigkeit des Landes in allen  
seinen Theilen zu Statten kommen.

Meine Herren! Die gegenwärtige Session ist voraussichtlich  
die letzte einer Legislaturperiode, welche inmitten einer denkwürdigen,  
für Preußen und Deutschland hochbedeutungsvollen  
Zeit begann, und welcher es vorbehalten war, die reichen Er-  
folge und Früchte jener Epoche auch für die besonderen Auf-  
gaben der Preussischen Monarchie zu verwerthen. Wenn die  
Arbeiten dieser Legislatur auf allen Gebieten der Gesetzgebung  
einen erfolgreichen Verlauf gehabt haben, so ist dies vor Allem  
dem Geiste des vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen  
Staatsregierung und Landesvertretung zu danken, welcher durch  
die erhebenden Ereignisse jener gewaltigen Zeit mächtig belebt  
und gestärkt worden ist.

Je erfreulicher die Früchte sind, welche das Walten dieses  
Geistes in der nunmehr beendigten Legislaturperiode gebracht  
hat, desto berechtigter ist die Hoffnung, daß das preussische Volk  
bei den bevorstehenden Wahlen der künftigen Landesvertretung  
sich von demselben patriotischen Sinne leiten lassen werde, von  
dem Sinne fester und vertrauensvoller Gemeinschaft mit der Re-  
gierung Sr. Majestät zur allseitigen Förderung des wahren  
Wohls und Gedeihens unseres Vaterlandes.

Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Kaisers,  
unseres Allergnädigsten Königs und Herrn, erkläre ich die Session  
des Landtages der Monarchie für geschlossen.

### Die letzte Landtagsession.

Die preussische Landtagsession, welche soeben geschlossen worden  
ist, hat nicht bloß eine ungewöhnliche Dauer und überaus wichtige  
Aufgaben, sondern auch einen wechselvollen und für das politische  
Leben Preußens bedeutsamen Verlauf gehabt. Unter all' den denkwürdigen  
Sessionen, welche zunächst beim Beginn unsers Verfassungs-  
lebens, dann in den Konfliktsjahren, endlich in den letzten mannig-  
fach bewegten Jahren stattgefunden haben, war keine reicher als diese  
jüngste Session an tiefen politischen Erregungen, an spannenden Ent-  
wickelungen und an allseitigen wirklichen Ergebnissen.

Die Session, welche als neue Session erst am 12. November v. J.  
förmlich eröffnet wurde, ist doch dem politischen Zusammenhange  
nach schon vom 21. Oktober an zu rechnen, wo die vorjährige, nur  
vertagte Session mit der Absicht wieder aufgenommen wurde, daß sie  
ohne Weiteres auch für das weitere parlamentarische Jahr gelten  
sollte. Nach dem Scheitern der damaligen Hoffnung, die Reform der  
Kreisordnung durch eine bloße Fortsetzung der Session zum Abschlusse  
zu bringen, wurde sodann förmlich die neue Session berufen, deren  
Beginn von einer tiefen Bewegung und Aufregung aller politischen  
Kreise begleitet war.

Mit der großen Verwaltungsreform war zugleich die Stellung  
des Herrenhauses zu der gesammten politischen Entwicklung in Frage  
gekommen, und es handelte sich um eine durchgreifende Entscheidung  
Behufs Sicherung der von der Regierung auf verschiedenen wichtigen  
Gebieten der Gesetzgebung betretenen Bahnen.

Die Krisis, mit welcher die Session begann, wurde in der That  
entscheidend und fruchtbringend nicht bloß für die Lösung der Kreis-  
ordnungsfrage, sondern für den gesammten Verlauf der Session. In  
beiden Häusern des Landtages befestigte sich von jenem Zeitpunkte  
eine Parteibildung und Gruppierung, welche es der Staatsregierung  
möglich machte, ihre weiteren bedeutsamen Aufgaben auf allen Ge-  
bieten zuversichtlich und erfolgreich durchzuführen. Aus Mitgliedern  
aller Parteien, von bewährten Konservativen bis zu Anhängern der  
entschieden liberalen Parteien, bildete sich eine parlamentarische Mehr-  
heit, welche immer bestimmter den Verus erkannte und betätigte,  
statt unfruchtbarer theoretischer Bestrebungen vor Allem den praktischen  
Bedürfnissen des Staatswesens und seiner Entwicklung in Gemein-  
schaft mit der Regierung Befriedigung zu gewähren.

So allein konnte es gelingen, zunächst auf dem kirchlichen Ge-  
biete den dringenden Anforderungen des Staatsinteresses gerecht zu  
werden. Gestützt auf eine feste parlamentarische Mehrheit, welche  
entschlossen war, dem unmittelbaren Bedürfnisse des Vaterlandes alle  
Parteiauffassungen auf jenem schwierigsten aller staatsrechtlichen Ge-  
biete zum Opfer zu bringen, hat die Regierung die dem Zustande-  
kommen der Gesetze von Schritt zu Schritt bereiteten Hemmnisse mit  
ruhiger Zuversicht überwinden und zu dem Ziele gelangen können,  
welches sie zur Sicherung des künftigen konfessionellen Friedens klar  
bewußt ins Auge gefaßt hatte.

Dieselbe patriotische und praktisch-politische Richtung, von welcher  
die große Mehrheit der Landesvertretung sich bei den erwähnten ge-  
waltigen Kämpfen leiten ließ, hat sich nicht minder bei der Lösung  
der mannigfachen finanziellen Aufgaben bewährt. In allen wichtigen  
Beziehungen ist ohne erhebliche Schwierigkeit eine Verständigung  
zwischen der Regierung und der Landesvertretung über die Art und  
Weise erreicht worden, wie die Gunst unserer finanziellen Lage am  
Angemessensten im Interesse der Gesamtheit des Volkes verwerthet  
werden soll. Auch auf dem finanziellen Gebiete wird die letzte  
Session vornehmlich durch die Verständigung über eine wichtige  
Steuerreform einen Wendepunkt bezeichnen. Die Entschlüsse,  
welche der Landtag noch in den letzten Tagen in Bezug auf sehr be-  
langreiche finanzielle Vorlagen gefaßt hat, gaben Zeugnis von der  
wesentlichen Uebereinstimmung und von dem großen Vertrauen,  
welche auch in dieser Beziehung der Regierung gegenüber bestehen.

Dieses Vertrauen hat sich nicht minder bei Gelegenheit des be-  
deutenden Zwischenfalls bewährt, welcher inmitten der Session un-  
erwartet eine lebhaftere Aufregung in Bezug auf gewisse Schäden un-  
seres Verkehrslebens hervorgerufen hatte. So tiefgehend die erste Er-  
regung war, so fanden doch die Regierung und die Landesvertretung  
in ihrem gegenseitigen, fest begründeten Vertrauen alsbald den Weg,  
um aus der gegebenen Anregung den möglichsten Nutzen für die  
Klämung und allseitige Sicherung der betreffenden Verkehrsinteressen  
zu gewinnen, gleichzeitig aber unbegründete oder übertriebene Besorg-  
nisse zu beseitigen. Die gemeinschaftlich geführte Untersuchung dürfte  
schließlich volle Beruhigung darüber gewähren, daß die Schäden, um  
die es sich handelt, unser Staats- und Volksleben bisher noch keines-  
wegs in gefährdender Weise ergriffen haben, daß aber jedenfalls durch  
die weitere Gesetzgebung und durch die Handhabung der Verwaltung  
dem Vorschreiten des Uebels vorgebeugt werden soll.

Indem die Rede zum Schluß des Landtages mit Befriedigung  
auf die Früchte hinweist, welche das vertrauensvolle Zusammenwirken  
zwischen der Staatsregierung und der Landesvertretung in den letzten

Jahren gebracht hat, knüpft sie dann den Ausdruck der Hoffnung, daß derselbe patriotische Sinn sich bei den bevorstehenden Wahlen bewähren werde.

Die Aufgaben, welche der künftigen Legislatur vorbehalten sind, werden nicht geringer, vielleicht noch wichtiger als die jüngst gelösten sein. Nicht bloß auf dem politischen, sondern vornehmlich auch auf dem socialen Gebiete werden sich alle gesunden Kräfte vereinigen müssen, um in Gemeinschaft mit der Regierung die Zustände des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft vor jeder Gefährdung zu wahren, und eine stetig fortschreitende Entwicklung des äußeren, so wie des geistigen und sittlichen Gedeihens unsers Volkes in jeder Beziehung zu sichern.

### Die Diktatur in Elsaß-Lothringen.

Rede des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck bei der Berathung der Uebersicht der Verwaltung in den Reichslanden in der Sitzung des Reichstags vom 16. Mai 1873 (nach einer Rede des Abg. Windthorst-Meyen).

Der Herr Vorredner hat in Bezug auf die Diktatur und deren Schrecken einige Gespenster heraufbeschworen, die er, glaube ich, bereitwillig wieder entlassen wird, wie er sie citirt hat, wenn er sich die gesetzliche Lage der Sache so klar macht, wie sie den verbündeten Regierungen ist. Diese Frage ist gesetzlich vollständig geregelt.

Am 1. Januar, der uns bevorsteht, hat die Diktatur, insoweit der Reichstag nicht inzwischen etwas Anderes beschließt, ihr Ende, und es ist die Aufgabe der verbündeten Regierungen, dem Reichstage in der Zwischenzeit eine bereits in der Arbeit begriffene und augenblicklich dem Gutachten des Ober-Präsidenten unterliegende Vorlage zu machen, nach welcher sie dann selbst entscheiden werden, was an die Stelle der jetzigen Einrichtung zu treten hat, und in welcher Weise der Reichstag seine Befugnisse demnächst, sei es als elsasser Landtag gleichzeitig, sei es als Reichstag, ausüben will. Ich selbst sehe diesem Wechsel insoweit mit Hoffnung entgegen, als ich mir davon, daß unsere elsasser Landsleute hier mit uns tagen werden, und zwar von Anfang des nächsten Jahres, wie ich hoffe, eine wesentliche Verbesserung in den gegenseitigen Beziehungen, eine wesentliche Klärung manches Mißverständnisses über deutsche Verhältnisse verspreche und auch ein wesentliches Gegengewicht gegen die Einwirkung derjenigen Elemente und Parteien, welche nicht wünschen, daß diese Verhältnisse zur vollständigen Ruhe kommen.

Die Rede des Herrn Windthorst in ihrer ganzen Tendenz war gewiß nicht berechnet, den Landfrieden zu stören, sie war gewiß nicht darauf berechnet, den Elsässern Mißtrauen gegen Deutschland einzufößen, ich glaube, diese Absichten haben dem Herrn Vorredner gänzlich fern gelegen — nichts desto weniger befürchte ich, daß Leute, die nicht die Ehre haben, ihn persönlich zu können, darüber weniger klar sein werden wie ich, und daß das Material, welches er geliefert hat, doch wohl zu Entstellungen benutzt werden könnte. Der Herr Redner hat die vorgekommenen Ausweisungen als einen ganz ungeheuren Akt der Gewaltthat der dortigen Behörde dargestellt, für welche ich natürlich verantwortlich bin. Ich kann nichts Anderes thun, als die bestehenden Gesetze so zu handhaben, wie es die mir obliegende Verantwortlichkeit für die Sicherheit jenes Landes vor Allen mit sich bringt. — Ich übernehme die Verantwortung für das, was geschehen ist, absolut. Wir sind dafür verantwortlich, daß dort eben vor allen Dingen die Sicherheit des Landes gewahrt wird, und wenn der Herr Vorredner neben den Diktaturgespenstern, die er citirte, nun in der Wirklichkeit uns tadelt und angreift, weil wir von den gesetzlichen Mitteln zur Erhaltung dieser Sicherheit Gebrauch machen, so kommt mir diese Klage gerade so naiv vor, als wenn in der Schlacht der Feind sagen wollte: schießen gilt nicht! Es wird auch damit nicht angehalten werden.

Die Aufgabe, die wir dort durch den Friedensschluß übernommen haben, ist ja an und für sich eine außerordentlich schwierige, wir können uns ja nicht verhehlen, daß die Bedingung eines konstitutionellen Verfassungslebens, nämlich die freiwillige Mitwirkung in verfassungsmäßiger Thätigkeit des Volkes, soweit es dazu berufen ist, dort in diesem neu erworbenen Lande bisher nur in einem Maße vorhanden ist, das man unterschätzen oder überschätzen kann, aber jedenfalls nicht in der freudigen Hingebung für die Gesamtzwecke, wie wir sie beispielsweise bei dem Herrn Vorredner zweifellos voraussetzen. Wir haben ja dort nothwendig mit manchen Sympathien für eine zweihundertjährige Vergangenheit zu kämpfen, die den Einwohnern manches Ruhmreiche, manches Vortheilhafte gebracht hat, wir haben die wirklich französischen Sympathien im Lande mühsam zu überwinden, vor allen Dingen aber dafür zu sorgen, daß sie uns die materielle Sicherheit Deutschlands nicht schädigen.

Denn nicht aus Besitzsucht nach Land und Leuten, auch nicht aus dem berechtigten Gefühl, altes Unrecht sühnen zu wollen, was uns vor 200 Jahren geschehen ist, sondern in der bitteren Nothwendigkeit, uns auf weitere Angriffe eines kriegerischen Nachbarn gefaßt machen zu müssen, haben wir die Forderung auf Landabtretung,

auf Festungsabtretung soweit ausgedehnt, wie es geschehen ist, damit wir ein Bollwerk haben, hinter dem wir weitere Angriffe von der Art abhalten können, wie sie seit 300 Jahren jede Generation in Deutschland erlebt hat. Ich glaube, unter uns Allen ist Niemand, dessen Vorfahren nicht in jeder Generation seit 300 Jahren in der Lage gewesen wären, mit Frankreich zu fechten, wenn sie überhaupt Soldaten waren. Also lediglich die Rücksicht auf unsere Sicherheit hat uns geleitet, eine Rücksicht, die um so berechtigter ist, als Frankreich in der Regel bei seinen Angriffen in Deutschland bei dessen früherer Zerrissenheit Bundesgenossen gefunden hat und dadurch stärker geworden ist und die Abwehr schwerer.

Unsere Aufgabe wird uns außerdem aber wesentlich erschwert durch die Einwirkungen derjenigen Elemente, die auch auf anderen Gebieten des Reichs, wo die Aufgabe der Regierung minder schwierig, minder gefährlich, die Folgen minder verhängnißvoll sein können, uns doch an dem vollen Bewußtsein des inneren Friedens gehindert, die konfessionelle und andere Spaltungen unter uns hervorgerufen haben. Es ist ja nichts Neues, wenn man die Waffen und Mittel schildert, mit denen diese Elemente einer Regierung, die nicht nach ihrem Herzen ist, einer nicht-katholischen Regierung das Regieren katholischer Unterthanen erschwert und uns so auch die Gewinnung der Sympathien der durch ihre Landesgeschichte uns entfremdeten katholischen Unterthanen erschwert. Bei der großen bewundernswürdigen Einigkeit, die in dem Vorgehen dieser Elemente herrscht, dürfen wir wohl annehmen, daß in ähnlichen Verhältnissen auch ihre Thätigkeit eine ähnliche sein werde. Ich glaube deshalb, von der Sache nicht abzuschweifen, wenn ich Ihnen ein Bruchstück aus einem diplomatischen Bericht mittheile über das Verhalten dieser selben Elemente in Bezug auf die Schwierigkeiten, die zwischen der königlich großbritannischen Regierung und ihren irländischen Unterthanen obwalten. Ich vermeide sehr gern Persönlichkeiten und Jeder kann ja die Analogie ziehen, Jeder wird sich danach denken können, was dieselben Truppen geleitet von denselben bekannten und nicht bekannten Chefs, unter analogen Verhältnissen im Elsaß vielleicht thun könnten.

Es wird in diesem diplomatischen Bericht gesagt:

»Wenngleich die ultramontane Presse nicht ganz so weit geht, wie die radikalen Blätter, und nicht geradezu offenen Aufruhr predigt, so ist ihr Verhalten auf der andern Seite für die Wohlfahrt des Landes um so verderblicher. Die Leiter der Ultramontanen wissen sehr gut, daß eine offene Schilderhebung im gegenwärtigen Augenblick zu keinem andern Resultat führen kann, als zu einer vollständigen Niederlage der Aufständischen, in deren Folge eine Reaction und eine Beschränkung der ultramontanen Partei, falls diese am Aufstand theilhaftig gewesen, zu erwarten sein dürfte. Noch weniger als offener Aufruhr paßt ihnen aber eine Veröhnung der Parteien, Beruhigung des Volkes und eine friedfertige Lösung der irischen Frage. Die Organe der Ultramontanen, während sie sich womöglich innerhalb der Grenzen des Gesetzes halten, schüren deshalb unaufhörlich im Volke, reizen zur Animosität gegen den protestantischen Theil der Bevölkerung —

Das ist nun leider auch im Elsaß, noch mehr aber im diesseitigen Lothringen der Fall gewesen, daß gegen die protestantischen Mitbürger besonders aufgereizt wird —

»sie suchen die Achtung vor dem Gesetz und die Autorität der Obrigkeit zu untergraben — und indem sie anscheinend zur Ruhe und mit Märtyrermiene zur christlichen Duldung der Unbilden ermahnen, schüren sie, befördern Unzufriedenheit und Zwietracht im Volke und suchen durch Entstellung von Thatfachen, Verdrehung und Uebertreibung die alten Wunden offen, Haß und Verachtung gegen die Regierung rege zu halten. Während sie so das arme Volk in Erregung erhalten, haben sie, unbekümmert um des Volkes Wohl, nur das einzige Ziel, Rom's Allmacht, im Auge, suchen sich der Regierung unentbehrlich zu machen —

das ist nun bei uns nicht der Fall; aber in früheren Stadien der Verhandlungen wurde dies Mittel wohl nicht ohne Erfolg benutzt, um der Regierung Konzessionen abzugewinnen —

»und ihren Einfluß, ohne der Regierung solide Vortheile zu gewähren, so theuer wie möglich gegen Konzessionen zu Gunsten der Kirche zu verkaufen. Gegenwärtig suchen die ultramontanen Organe das Vertrauen des Volkes in die Gerechtigkeit der Richter zu erschüttern, und unterstützen nach Kräften die neue Homo-Rule-Bewegung«

die bekanntlich auf Trennung Irlands von England hinausgeht.

Ich bin weit entfernt, irgend Jemand persönlich anzugreifen. Aber Sie können wohl glauben, meine Herren, daß ähnliche Mittel von denselben Kräften unter ähnlichen Umständen wohl da in Bewegung gesetzt werden, wo die einheitliche Leitung in einem die Bewunderung der Welt erregenden Maße gesichert ist.

Wenn man aber solchen mächtigen und wirksamen und so sehr geschickten Kräften gegenüber zu kämpfen hat in einer an sich schwierigen Lage, wo es gilt, altes Unrecht der Geschichte, alte Härten hundertjähriger Kriege zweier benachbarten Nationen auszusöhnen und zu sühnen, wenn wir in einer so schwierigen Lage sind, so kann man selbst dann, wenn in den von der Diktatur gewählten Mitteln der Vertheidigung irgend ein Irrthum, irgend eine verschiedene Auslegung der

Rechte vorgekommen wäre, doch mit den Behörden, die in einem solchen Kampfe stehen, nicht sehr scharf ins Gericht gehen.

Wenn der Herr Vorredner Mangel an Wohlwollen für die Elsäffer darin bei der Reichsregierung gefunden hat, daß sie durch die Entfernung der Schulbrüder die Lehrer unter das Maß vermindert hat, welches zur Aufrechterhaltung des vollen Lehrbetriebs notwendig ist, so kann ich darauf nur erwidern, daß die Behörden es nur in der Ueberzeugung gethan haben, daß die Wirkung der Schulbrüder noch schädlicher sei für das Land und für die Bevölkerung als ein vorübergehender Mangel in der Besetzung der Lehrerstellen, und daß eine dem Geiste der Bevölkerung verderbliche und den deutschen Sinn in Elsaß vergiftende Belehrung schlimmer wäre, als gar keine. Die Behörden können nur nach ihrer Ueberzeugung handeln. Sind diese Ueberzeugungen irrig, so haben sie geirrt in dem ehrlichen Bestreben, die große Aufgabe, die ihnen gestellt ist, mit möglichst geringer Schädigung der Sympathien, aber vor allen Dingen mit voller Sicherstellung der Interessen des Reiches auszuführen. Daß das ohne Klagen und Verdruß nicht abgeht, ist eine alte Erfahrung. Das deutsche Sprichwort sagt: wo Holz gehauen wird, fallen Spähne, und diese Spähne werden natürlich von verschiedenen Seiten aufgehoben, um eben einen Spahn zu haben.

Wir sind entschlossen, den Elsäffern so wenig wehe zu thun, wie wir irgend können. Daß das dennoch in vielen Richtungen nicht ganz wenig sein wird, darüber mache ich mir gar kein Hehl; denn jedes Vorstreifen von einer langjährigen Angehörigkeit wie bei Elsaß in Bezug auf Frankreich der Fall war, jedes Verwachsen mit neuen fremdartigen Verhältnissen, hat dergleichen zur Folge. Zweifeln Sie unter Umständen an unserem Geschick — denn dafür sind mindestens wir norddeutschen und namentlich preussischen Beamten nicht berühmt, in geschickter Weise Freunde zu gewinnen und unangenehme Dinge in liebenswürdiger Weise zu erledigen — also zweifeln Sie an unserem Geschick, aber an unserer Eingebung, an unserem guten Willen zweifeln Sie nicht; an unserem Muth und an dem festen Entschluß, Allen Gegnern des Reichs eine feste Stirne zu zeigen, daran zweifeln Sie nicht!

### Die Eisenbahn-Verwaltung in Preußen.

Rede des Handels-Ministers Dr. Achenbach bei der Berathung über die Eisenbahn-Anleihe von 120 Millionen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Mai.

Meine Herren! Nachdem ich durch Allerhöchsten Erlaß zum Handels-Minister ernannt worden bin, gestattet mir wohl das Hohe Haus, daß ich die Debatte über den vorliegenden Gesetzentwurf mit einigen Bemerkungen einleite, welche vielleicht hier und da über den Rahmen der vorliegenden Berathung hinausgehen. Allerdings gehe ich, wenn ich hier das Wort ergreife, von der Voraussetzung aus, daß das Hohe Haus in dem gegenwärtigen Augenblicke nicht von mir verlangt, daß ich ein förmliches Programm der Regierungspolitik über das Eisenbahnwesen entwickle. Diese Voraussetzung erscheint mir aus dem Grunde schon berechtigt, weil bekanntlich durch eine Allerhöchste Ordre eine Kommission niedergesetzt worden ist, welche sich nicht bloß mit den Mißständen unseres Eisenbahnwesens beschäftigen soll, sondern welche auch beauftragt ist, Vorschläge zu unterbreiten, wie den entdeckten Mißständen Abhilfe verschafft werden kann. Ich glaube, das Haus hat den Anspruch darauf, daß die königliche Staatsregierung ihrerseits zunächst die Resultate jener Kommission abwartet, dieselben in reifliche Erwägung nimmt und alsdann ihre Entschlüsse vor das Land bringt und, wie ich hoffe, ihre Entschlüsse nicht bloß in Worten, sondern in der Gestalt von Gesetzentwürfen an die Landesvertretung gelangen läßt.

Bei dieser Lage der Sache kann ich mich darauf beschränken, zu erklären, daß, was mich anbetrifft, ich ein eifriger Förderer der Idee sein würde, daß bei unserem Eisenbahn-Konzessionswesen das Ermessen eines einzelnen Mannes ausgeschlossen werde.

Zweitens würde auch ich eifrig alle Bestrebungen fördern, welche darauf gerichtet sind, die Staats-Eisenbahnen mit gleichem Lichte und gleichem Schatten zu behandeln, wie die Privat-Eisenbahnen; ich wünsche die gleiche Aufsicht über alle nach denselben Grundsätzen.

Es dürfen weiter von mir erwarten, daß meine Bestrebungen, was das Gebiet des Aktienwesens anbetrifft, nur dahin gehen können, daß die Gesetze im vollen Sinne des Wortes erfüllt werden.

Die Frage aber, die im gegenwärtigen Augenblicke die Geister lebhaft entflammt, ist die: ob der Privat-Eisenbahnbau oder Staats-Eisenbahnbau und Betrieb herrschen, ob das eine System das andere ersetzen soll.

Wir wissen Alle, daß für das System der Privateisenbahnen angeführt zu werden pflegt, daß der Staat nicht in der Lage sei, Gewerbe zu betreiben, und daß der Eisenbahnbetrieb mehr oder weniger unter dem Gesichtspunkte des Gewerbebetriebes aufgefaßt werden müsse. Wir wissen, daß auf Seiten der Anhänger des Privat-Eisenbahnbaues und des Privat-Eisenbahnbetriebes der Grundsatz in

den Vordergrund gestellt wird, daß gewissermaßen die Quelle aller Verbesserungen die Konkurrenz sei. Wir wissen, daß darauf hingewiesen wird, daß Staatsunternehmungen im Ganzen genommen stets theurer zur Ausführung kommen, daß der Betrieb von Staatsunternehmungen in der Regel theurer ist, als derjenige von Privatunternehmungen.

Auf der anderen Seite stehen die Verfechter des Staats-eisenbahnbaus, welche behaupten, es handle sich nicht um einen Gewerbebetrieb, sondern um öffentliche Wege; nicht darum sei es zu thun, die Eisenbahnen zum Gegenstand der Spekulation zu machen, sondern sie zu Dienern des Verkehrs herzustellen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Prinzip der Konkurrenz heut zu Tage bankrott gegangen sei; man verweist auf die stattfindenden Koalitionen, man erinnert an die Fusionen; den Verfechtern jener anderen Ansicht gegenüber, welche politische Mißerfolge weissagen, wenn der Staat den Eisenbahnbetrieb übernimmt, weist man auf die sozialen Uebelstände hin, welche die Ausdehnung des Aktienwesens auf dem Eisenbahngebiet bereits in unserem Lande herbeigeführt hat.

Meine Herren! Wie die Verhältnisse bei uns in Deutschland und speziell in Preußen liegen, glaube ich trotz dieser Gründe und Gegenstände, sind wir nicht einfach vor die Alternative gestellt, ob Privatbahn, ob Staatsbahn. Wir sehen, daß ein sehr bedeutendes und erhebliches Kapital in den Privateisenbahnen angelegt worden ist, wir wissen, daß ungefähr zwei Drittel aller Eisenbahnen sich in den Händen von Privatgesellschaften befinden. Jede Regierung und jede Landesvertretung, sie mag eine Zusammensetzung haben, welche sie wolle, ist genöthigt, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen. Wir wollen dabei, meine Herren, auch Folgendes nicht vergessen: wir sind jetzt in der Fülle des Geldes, es hat aber auch andere Seiten gegeben, wo der Staat im Besitz geringer Mittel war, wo der Staat mit den größten Anstrengungen seinerseits nicht dahin hätte gelangen können, Eisenbahnen anzulegen, deren das Land doch nothwendig bedurfte. In diesen Zeiten, meine Herren, war es das Privatkapital, welches nützliche Einrichtungen in unserem Lande hervorrief. Wir werden auf diese Zeiten, wenn auch einzelne Uebelstände eingetreten sein mögen, die wir beklagen, jederzeit dankbar zurückschauen müssen. Es ist nicht gewiß, wir haben es nicht in der Hand, ob nicht ähnliche Zustände staatlicher Kapitalarmuth wieder eintreten können, und wir werden dann gewiß sehr gern zurückgreifen auf die Energie, die Thakraft und die Intelligenz der Privaten. Zweitens, meine Herren, ist doch auch nicht zu vergessen, daß, wenn die Privatbahnen in der heutigen Zeit viele gewichtige Gegner haben mögen, andererseits eine Reihe nützlicher Einrichtungen gerade auf das Vorgehen der Privateisenbahngesellschaften in der Vergangenheit zurückzuführen ist.

Meine Herren! Wenn nun die Verhältnisse so liegen, so glaube ich allerdings, wird keine Regierung, wenigstens während der gegenwärtigen Generation, in der Lage sein können, vor die Landesvertretung einfach mit der Erklärung zu treten oder umgekehrt keine Landesvertretung vor die Regierung, indem sie sagt: Wähle, Staatseisenbahnbau hier, Privateisenbahnbau und Betrieb dort! Ich betrachte dies als eine Frage, die für uns Alle ausgeschlossen ist.

Auf der anderen Seite will ich keineswegs verkennen, daß wir bei einer künftigen Eisenbahngesetzgebung ernstlich zu erwägen haben werden, ob die künftige Eisenbahngesetzgebung sich nicht zu demselben Grundsatz bekennen wird, welchen die Eisenbahngesetzgebungen mancher größeren Länder enthalten, daß man nämlich eine Eisenbahnkonzession nicht auf ewig, sondern nur auf eine bestimmte, angemessen zu regulirende Zeit ertheilt, nach deren Ablauf das Eisenbahnunternehmen nicht gegen Entschädigung, sondern in der Hauptsache unentgeltlich an den Staat fällt. Das sind Fragen, die wir indeß in der That erst in Zukunft zu erwägen haben werden.

Wenn es die Tendenz weder dieses Hauses, noch der königlichen Staatsregierung sein kann, einen schädlichen Druck auf das Privateisenbahnwesen ausüben, dasselbe erdrücken zu wollen, so ist auf der anderen Seite zu beachten, daß auch berechnete Forderungen hinsichtlich des Staatseisenbahn-Betriebes bestehen. Zu diesen berechtigten Forderungen rechne ich, daß das hohe Kapital, welches der Staat in seinen Eisenbahnen angelegt hat, nicht durch Anlage von Privat-Eisenbahnen völlig unrentabel und nutzlos gemacht werde. Der Staat hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Eisenbahn-Anlagen, die er geschaffen hat, für die Landesinteressen nützlich bleiben. Zweitens aber glaube ich, daß, wenn ich es nicht für unerwünscht erklärt habe, daß die Staatsindustrie stets in dem Leben, in der Bewegung der Privatindustrie einen treibenden Stachel finde, es kein Gebot geben dürfte, wo es nothwendiger sein möchte, — wenn man nicht direkt seitens des Staates in allen Punkten in das Privatgewerbe eingreifen will, — daß gerade die staatliche Konkurrenz eine gesunde Entwicklung des Privatbetriebes herbeiführe und fordere. Es ist nicht unrichtig, wenn schon in der Vorlage gesagt wird, die Staats-Eisenbahnen sollen in gewisser Art der Regulator für die Privat-Eisenbahnen sein.

In Betreff der einzelnen Bahnen, für welche die Anleihe beabsichtigt ist, legte der Handels-Minister das Hauptgewicht auf folgenden Punkt:

Der gegenwärtige Zustand, wo das östliche Staats-Eisenbahnen von unserm westlichen Eisenbahnen durch eine Entfernung von 30 bis 40 Meilen getrennt ist, erscheint in der That als ein unhaltbarer. Es ist notwendig, es liegt ein gewisser Zwang vor, diese Verbindung herzustellen, um eine einheitliche Verwaltung zu erwirken, um dem Staate jenen Einfluß zu gewähren und zu geben, welcher bei Berücksichtigung der auseinandergesetzten Gesichtspunkte dem Staate gebührt. Man hat darauf hingewiesen, daß die Regierung, wie es scheint, die einzelnen Landestheile nicht in einer gleichen Weise berücksichtigt habe. Meine Herren, handelte es sich hier um eine Vorlage, welche dazu bestimmt wäre, provinziellen Bedürfnissen abzuhelfen und dann nur für einzelne Provinzen so hohe Summen zu verwenden, wie sie die Vorlage vorsetzt, so glaube ich, würde ein derartiger Einwand vollkommen berechtigt sein. Dieser Gesichtspunkt steht aber der Vorlage vollständig fern, es handelt sich hier nicht um provinzielle Angelegenheiten, sondern es ist wesentlich und ausschließlich das allgemeine Interesse maßgebend. Es handelt sich um die Uebertragung von Befugnissen auf den Staat, welche dem Staate nicht vorzuenthalten sind. Auf der anderen Seite wird auch nicht vergessen werden dürfen, daß gerade die östlichen Provinzen aus der Herstellung dieser Verbindung, welche sich in den Händen des Staates befindet, wesentliche Vortheile in wirtschaftlicher Beziehung zu erwarten haben.

Es erscheint als eine Art von Mindestforderung, daß das östliche und westliche Glied des staatlichen Eisenbahnnetzes in Verbindung gebracht werde, und man wird, so lange jenen allgemeinen Anforderungen nicht Rechnung getragen ist, wohl nicht so leicht dazu übergehen können, rein provinziellen Interessen das Auge zuzuwenden. Es ist hier gewissermaßen die Grundlage von anderen Maßregeln gegeben, welche geeignet sein mögen, auch provinziellen Nothständen Genüge zu leisten. Ich glaube deshalb, daß auch von dem zuletzt besprochenen Standpunkte aus keine Ursache vorliegt, ein Gegner der gegenwärtigen Vorlage zu sein. Das Provinzielle kann naturgemäß erst dann zur Sprache kommen, wenn den allgemeinen Interessen Rechnung getragen ist.

Meine Herren! Ich bitte Sie, in dem schweren Amte, welches mir durch E. Majestät den König übertragen worden ist, mir Ihre Unterstützung zu gewähren zu wollen; ich fühle wohl, daß ich die Ziele, welche mir gesteckt sind, nicht erreichen kann, daß ich ermatten werde in dem, was ich erstrebe, wenn ich nicht namentlich die volle Unterstützung dieses hohen Hauses erhalten werde.

Die beiden Häuser des Landtags haben in der letzten Woche noch mehrere wichtige Gesetzentwürfe zum Abschluß gebracht.

Namentlich fand die Anleihe von 120 Millionen für Eisenbahnbauten, deren Verabreichung vor einigen Monaten mit Rücksicht auf die damals zur Sprache gebrachten Mißstände des Eisenbahnwesens ausgesetzt worden war, jetzt in beiden Häusern des Landtags bereitwillige und fast allseitige Zustimmung. Es wirkte hierzu besonders das Vertrauen mit, welches dem neu ernannten Handels-Minister Dr. Achenbach auf Grund seiner langjährigen Thätigkeit im Landtage von allen Parteien entgegengebracht wird, und welches durch seine ersten Erklärungen in den beiden Häusern in Betreff der von ihm zu befolgenden Verwaltungsgrundsätze noch erhöht wurde.

In Betreff der finanziellen Seite der Vorlage gab der Finanz-Minister Camphausen dem Landtage Mittheilungen, durch welche alle Bedenken beseitigt wurden. Er kündigt an, daß Preußen aus den Ueberschüssen der französischen Kriegszahlung demnächst einen Betrag erhalten werde, der jedenfalls die Summe von 100 Millionen Thalern übersteigen werde, daß somit in diesen Geldmitteln die Kapitalbeträge, die für Eisenbahnbauten zur Verwendung kommen sollen, vollkommen gesichert seien.

Die beiden Häuser des Landtages genehmigten ferner fast ohne alle Erörterung die Vorschläge der Regierung wegen der vorläufigen Verwendung der zu erwartenden Einnahmen aus der französischen Kriegsschädigung.

Durch Zustimmung des Herrenhauses zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses sind ferner die Gesetzentwürfe Behufs Reform der Klassen- und Einkommensteuer, sowie der Erbschaftsteuer endgültig vereinbart worden.

Auf die weitere Beratung einiger anderer wichtiger Vorlagen wurde mit Rücksicht auf die weit vorgerückte Jahreszeit und die Schwierigkeit der gleichzeitigen Verhandlungen des Reichstages und der beiden Häuser des Landtags verzichtet.

Am Dienstag (20.) wurde der Landtag im Auftrage Sr. Majestät durch den Präsidenten des Staats-Ministeriums, Feldmarschall Grafen v. Moos, im Weißen Saale des Königl. Schlosses feierlich geschlossen.

Der Reichstag hat in der vorigen Woche mehrere wichtige Vorlagen, namentlich über Gründung eines Invalidenfonds und über den Ausbau der deutschen Festungen in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Bundesregierungen erledigt, sowie vorläufige Beschlüsse über die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes, unter zustimmenden Erklärungen des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck, gefaßt. Ueber den Jahresbericht in Betreff der Verwaltung von Elsaß-Lothringen fand eine eingehende Erörterung statt, bei welcher die Einwendungen von ultramontaner Seite wegen angeblich willkürlicher Ausweisungen dem Reichskanzler Gelegenheit zu einer scharfen Beleuchtung der ultramontanen Wühlereien und zur Rechtfertigung der von den Behörden in Elsaß-Lothringen ergriffenen Maßregeln gab.

Eine von dem Frankfurter Abgeordneten Sonnemann, dem verurtheilten Vertreter einer vaterlandlosen Demokratie, gehaltene Rede, in welcher er die gehässigen Vorwürfe gegen die deutsche Verwaltung in Elsaß-Lothringen, wie sie in französischen Blättern zu finden sind, seinerseits wiederholte, wurde einer Erwiderung von den Vertretern des Bundesraths nicht gewürdigt. Dagegen wies ein Redner der liberalen Partei darauf hin, daß in der französischen Nation, deren Bewunderer Herr Sonnemann sei, sich gewiß von Lille bis Marseille Niemand finden würde, der es wagen möchte, vor einer Versammlung von Franzosen über französische Dinge so zu sprechen, wie es Herr Sonnemann über deutsche Dinge gethan, — und sollte sich ein solcher Mensch finden, so würde ihn keine französische Versammlung anhören. — Ein Abgeordneter, welcher seit zwei Jahren selbst elsässischer Bürger ist, widerlegt aus eigener genauester Kenntniß die Anschuldigungen, welche Herr Sonnemann „mit dreifacher Stirn“ wahrheitswidrig hingestellt hatte, und schloß mit Bezug auf die Ankündigung des Fürsten Bismarck, daß die Diktatur in Elsaß-Lothringen am 1. Januar k. J. ihr Ende erreichen soll, mit den Worten: „Wenn die Regierung die Fortdauer der Diktatur nicht mehr für nöthig hält, so ist das erfreulich, denn jedes Provisorium hat seine Unzuträglichkeiten; aber das muß jeder billige Beurtheiler zugeben, die Diktatur hat geleistet, was überhaupt geleistet werden konnte.“

Die Reisepläne Sr. Majestät des Kaisers und Königs haben insofern eine Aenderung erfahren, als der Besuch am Wiener Hofe erst im Laufe des Monats Juni zu einer noch näher zu bestimmenden Zeit stattfinden soll.

Zunächst wird in der ersten Woche des Juni, voraussichtlich am 5. der Schab von Persien zum Besuche am Hofe unseres Kaisers eintreffen. Zu diesem Zeitpunkte wird auch die Rückkehr Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta von Baden-Baden nach Beendigung ihrer Frühjahrskur erwartet.

Am 15. Juni gedenkt unser Kaiser sodann nach Frankfurt a. M. zu gehen, um dort mit Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland zusammenzutreffen und mit demselben gemeinschaftlich einen Besuch in Jugenheim und Darmstadt zu machen.

Von dort aus dürfte in der zweiten Hälfte des Juni die Reise nach Wien erfolgen.

In der ersten Woche des Juli will E. Majestät sich sodann zur Kur nach Ems begeben.

Unser Kronprinzliches Paar hat in voriger Woche an einem Festmahl, welches zu Ehren desselben von der deutschen Ausstellungs-Kommission im elsässischen Bauernhause in der Ausstellung veranstaltet war, Theil genommen und dasselbe am folgenden Tage durch ein der deutschen Kommission in dem neu erbauten deutschen Hause in der Ausstellung gegebenes Fest erwidert.

Am 19. verließ unser Kronprinzliches Paar, welches bis zum letzten Augenblicke Beweise der freundschaftlichsten Aufmerksamkeit seitens Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich erhalten hatte, Wien, um sich über Venedig und Mailand nach den italienischen Seen zu begeben und von da Anfangs Juni nach Potsdam zurückzukehren. Der junge Prinz Friedrich Wilhelm ist von Wien unmittelbar nach Berlin zurückgekehrt.